

sich in der Entwicklung und Regulierung der Anwaltstätigkeit manifestieren. (XNA, 26., 28.4.99; SCMP, 27.4.99)

Politbüromitglied Luo Gan, dem als Sekretär der ZK-Kommission für Politik und Recht die Aufsicht über das Justizsystem obliegt, machte in einer Rede deutlich, daß er von Chinas Anwälten einen aktiven Beitrag zur Aufrechterhaltung der sozialen Stabilität erwarte. Insbesondere bei Konflikten, die im Zusammenhang mit der angespannten Beschäftigungslage im Staatssektor, mit der Verlängerung von Pachtverträgen für ländlichen Boden sowie mit Unregelmäßigkeiten im Finanzsystem stünden, könnten Anwälte zu einer Beilegung von Streitigkeiten und zum gesellschaftlichen Frieden beitragen. Die gesellschaftliche Verantwortung der Anwälte dürfe nicht durch bloßes Streben nach Reichtum oder gar Korruption untergraben werden.

Der Präsident des Anwaltsverbandes hob in einer Rede hervor, daß die Ausübung des Anwaltsberufs in China mit beträchtlichen Risiken verbunden sei. Verletzungen der Rechte von Anwälten kämen insbesondere im Laufe von Strafprozessen vor. Anwälte würden unter Druck gesetzt und bei ihrer Arbeit behindert.

Vertreter des Justizministeriums und des Anwaltsverbandes bemängelten die unausgeglichene Qualität der Ausbildung und der Tätigkeit der mehr als 100.000 Anwälte und rund 9.000 Sozietäten in China. Der Anwaltsverband müsse einen strengen Verhaltenskodex durchsetzen, um für Disziplin in der noch jungen Profession zu sorgen. „Schwarze Schafe“ in den Reihen der Anwälte müßten ausgesondert werden, um zu verhindern, daß die Reputation des Anwaltsberufs insgesamt beschädigt werde.

Die Vereinigung der Shanghaier Anwälte eröffnete Anfang April eine Website, auf der sich aktuelle Informationen und Fallhinweise zum Rechtsgeschehen in China und in Shanghai abrufen lassen. (www.lawyers.com.cn) -hei-

9 Mörder des Spitzenfunktionärs Zou Jingmeng zum Tode verurteilt

Die drei Männer, die im Februar das langjährige ZK-Mitglied Zou Jingmeng vor einem Beijinger Hotel mit mehreren Messerstichen töteten (siehe C.a. 1999/2, S.114), sind gefaßt und in einem Schnellverfahren verurteilt worden.

Ein 46jähriger und ein 18jähriger Täter wurden zum Tode, ihr 21jähriger Komplize zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe verurteilt. Die Tat wurde im Gerichtsurteil als mißglückter Raubüberfall dargestellt. (XNA, 2.4.99) Da das Opfer aber gar nicht ausgeraubt worden war, hatte es auch Spekulationen über einen möglichen Zusammenhang mit der organisierten Wirtschaftskriminalität gegeben. -hei-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

10 Bestimmungen über Förderung der Umsetzung wissenschaftlich-technischer Forschungsergebnisse

Ergänzend zum „Gesetz über wissenschaftlich-technischen Fortschritt“ von 1993 und zum „Gesetz über die Förderung der Umsetzung wissenschaftlich-technischer Forschungsergebnisse“ von 1996 haben das Ministerium für Wissenschaft und Technologie, das Bildungsministerium und einige andere Regierungsorgane im April 1999 „Bestimmungen über die Förderung der Umsetzung wissenschaftlich-technischer Forschungsergebnisse“ erlassen. Die schnelle Umsetzung wissenschaftlich-technischer Forschungsergebnisse ist ein zentrales Anliegen der chinesischen Wissenschaftspolitik, denn sie ist Voraussetzung für die Modernisierung der Wirtschaft. Allerdings haben bisher die einschlägigen Gesetze und Erlasse nicht den gewünschten Erfolg gebracht, denn nach wie vor werden wissenschaftliche Ergebnisse nur äußerst langsam in die Praxis umgesetzt.

Die neuen Bestimmungen (veröff. in RMRB, 21.4.99) dienen in erster Linie dazu, Forschungsinstitute, Universitäten und Hochschulen sowie wissenschaftlich-technisches Personal zu ermuntern, die Forschung in neuen Technologien und in hochtechnologischer Entwicklung voranzutreiben und die Umsetzung in die Praxis selbst in die Hand zu nehmen. Dies war auch schon in dem Gesetz von 1996 vorgesehen (vgl. dazu C.a., 1996/5, Ü 15), doch jetzt wurden die Anreize für Forschungsinstitute und Forscher zur selbständigen Umsetzung erhöht. Auch war das Gesetz zu allgemein gefaßt, während die neuen Bestimmungen detaillierter sind.

Forschungsinstitute und wissenschaftlich-technisches Personal können Aktionäre in High-Tech-Unternehmen werden, indem sie ihre Forschungsergebnisse als Kapital einbringen. Nach der neuen Regelung können sie ihre High-Tech-Ergebnisse mit einem Wert von bis zu 35% des Investitions- oder Aktienkapitals eines Unternehmens einsetzen (vorher waren es nur 20% - vgl. XNA, 20.4.99). Von den Nettoerträgen aus der Weiterverwertung müssen sie mindestens 20% erhalten, und über drei bis fünf Jahre müssen sie mindestens 5% des durch die Kommerzialisierung erzielten Gewinns bekommen. Den maßgeblich beteiligten Forschern stehen mindestens 50% dieser Anteile zu.

Anreize werden insbesondere dafür gegeben, daß Forschungsinstitute und/oder Forscher selbst High-Tech-Unternehmen gründen. So können die beteiligten Forscher in vertraglicher Abmachung mit ihrem Institut das von ihnen erzielte High-Tech-Ergebnis ein Jahr später selbst umsetzen, wenn das Institut dies nicht tut. Auch werden in den Bestimmungen detaillierte Methoden der Belohnung von Forschern aufgeführt, die zur Umsetzung eines Forschungsergebnisses beitragen. So können die Forscher beurteilt werden (im allgemeinen für zwei Jahre), um High-Tech-Betriebe zu gründen oder in anderen solchen Betrieben zu arbeiten. Danach sollen sie bezüglich der Bewerbung auf Posten in ihrem Institut die gleichen Rechte und Chancen haben wie Leute, die kontinuierlich an dem betr. Institut gearbeitet haben. Während der Zeit der Beurlaubung laufen Ge-

halt und Krankenversicherung weiter. Hochschullehrer dürfen allerdings ihre Lehrverpflichtungen nicht vernachlässigen.

Mehrere Punkte der Bestimmungen sind der Garantie der Unabhängigkeit der High-Tech-Unternehmen, insbesondere neugegründeter Kollektivunternehmen gewidmet. Auch bei verschiedenen Kooperationsformen wird die unternehmerische Unabhängigkeit gewährleistet. Außerdem soll der Umsetzungsprozeß durch präferentielle Politik unterstützt werden, beispielsweise durch Gewährung von Darlehen, Steuererleichterungen u.ä. -st-

11 Wiedererrichtung der Rechtsfakultät an der Qinghua-Universität

Anlässlich des 88jährigen Bestehens der Qinghua-Universität in Beijing wurde die Wiedererrichtung der rechtswissenschaftlichen Fakultät verkündet, nachdem diese 1952 an der Qinghua-Universität zu bestehen aufgehört hatte. Bereits 1926 war an der Universität im Rahmen der Politologischen Abteilung ein Studiengang Rechtswissenschaft eingeführt worden, bis im Jahre 1928 eine reguläre Rechtswissenschaftliche Fakultät gegründet wurde. Im Zuge der Neugliederung der Fakultäten wurde die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Qinghua-Universität dann anderen Universitäten und Hochschulen zugeschlagen. Der Präsident der Qinghua-Universität und der Dekan der wiedererrichteten Rechtsfakultät betonten die Bedeutung der Rechtswissenschaft und der Ausbildung von Juristen für den Modernisierungsprozeß. Außerdem wurde deutlich, daß die Erweiterung der Qinghua-Universität um die Rechtswissenschaftliche Fakultät in engem Zusammenhang mit den Bestrebungen der Qinghua-Universität steht, im nächsten Jahrhundert zu einer der führenden Universitäten der Welt zu werden. (GMRB, 25.4.99) -st-

12 Strukturanpassung der Erwachsenen-Hochschulbildung

Kürzlich veröffentlichte ein Vertreter der Bildungskommission der Stadt Beijing eine Analyse der tertiären

Erwachsenenbildung, in der neueste Zahlen genannt sowie Aussagen über den Wandel dieses Bildungszweiges in den letzten Jahren gemacht werden (vgl. GMRB, 14.4.99, S.5). Danach gab es 1997 in ganz China 1.107 Institutionen für Erwachsenen-Hochschulbildung (nicht eingeschlossen die Fern- und Abendkurse der regulären Hochschulen). An ihnen studierten 2,724 Mio. Menschen (einschließl. derjenigen, die über Fern- oder Abendkurse an regulären Hochschulen studieren). Der Verfasser stellt fest, daß sich die traditionelle Erwachsenenbildung im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung immer mehr zu einer modernen lebenslangen Bildung entwickle, d.h. einer wichtigen Form der Weiterbildung für Leute, die die Schule verlassen haben. Wie verbreitet die Erwachsenenbildung ist, machte er am Beispiel der Stadt Beijing deutlich: Dort kommen auf 10.000 Einwohner 323 Studierende, und von diesen sind 167 Studierende an Erwachsenen-Hochschulen, ein Anteil von 52%, d.h. die Zahl der Erwachsenen, die die Hochschule besuchen, übertrifft die Zahl der regulären Hochschulstudenten.

Die Ausweitung der Hochschulbildung für Erwachsene ging mit deutlichen Veränderungen einher, die sich durch die Reform des Wirtschaftssystems erklären lassen. Der Verfasser nennt insgesamt 6 Punkte:

1. In der Vergangenheit wurden Bildungsgänge betont, jetzt hingegen beginnt sich der Schwerpunkt von den Bildungsgängen weg hin zu einer berufsorientierten Fort- und Weiterbildung zu verlagern.
2. Während die Bildungsgänge der Vergangenheit hauptsächlich branchenorientiert waren, sind sie jetzt mehr auf eine Verbindung von Branche und Region ausgerichtet, um die Effektivität der Bildung zu erhöhen.
3. Während die Bildungsgänge in der Vergangenheit nur für Berufstätige bestimmt waren, vollzieht sich jetzt ein Wandel dahingehend, daß nicht nur Berufstätige, sondern auch Jugendliche aufgenommen werden, d.h. es findet eine Verjüngung der Studierenden statt.
4. Während die Schulen in der Vergangenheit passiv Fächer einrichteten (d.h. die Fachrichtungen waren ihnen vorgegeben), beginnen sie jetzt, ihre Angebote an der Nachfrage nach Fachleuten und nach den Kriterien Professionalität und Verwendbarkeit auszurichten.
5. Die relativ schwachen Lehrkräfte der Vergangenheit besitzen zunehmend höhere Qualifikationen und Bildungsgänge.
6. Im Vergleich zur Einheitlichkeit der Erwachsenen-Hochschulen findet heute eine stärkere Differenzierung statt.

Diese Tendenzen verdeutlichen den Wandel der Erwachsenen-Hochschulbildung speziell in den neunziger Jahren. Dennoch darf nicht übersehen werden, und das betont der Verfasser auch, daß die Entwicklung sehr ungleich vor sich geht. Immer noch gibt es eine ganze Reihe von Orten, die keine Erwachsenen-Hochschulen eingerichtet haben oder wo das Niveau der Schulen sehr niedrig ist. Für die Entwicklung und Strukturanpassung dieses Hochschultyps fordert der Verfasser die Verfolgung dreier Grundsätze: 1. müssen Ausmaß und Effektivität der Erwachsenen-Hochschulbildung beachtet werden; 2. müssen Qualität und Besonderheit der jeweiligen Schulen im Vordergrund stehen; 3. müssen die Hochschulen den Anforderungen der Branchen, der Region und des einzelnen Rechnung tragen (ebd.).

Hervorstechendes Merkmal der Anpassung der Erwachsenen-Hochschulbildung an die Gegebenheiten der Wirtschaft („sozialistische Marktwirtschaft“) ist ihre Differenzierung, d.h. verschiedene fachliche Ausrichtung, und ihre Regionalisierung oder Lokalisierung. Dieser letzte Trend ist auch bei den regulären Hochschulen zu beobachten, die immer stärker mit der Wirtschaft ihrer Region verknüpft sind. Im übrigen spielen die Erwachsenen-Hochschulen zunehmend eine Rolle bei der Realisierung des Ideals des lebenslangen Lernens. Eine weitere wichtige Funktion ist die Absorbierung jugendlicher Schulabsolventen, die keinen regulären Studienplatz erhalten. -st-

13 Vorbereitung der Berufsbildung aufs 21. Jahrhundert

Im Hinblick auf den kürzlich verabschiedeten „Aktionsplan für den Aufschwung des Bildungswesens im 21. Jh.“ wurde auf einer nationalen Konferenz über Berufsbildung darüber diskutiert, ob das Berufsbildungssystem Chinas den Herausforderungen des nächsten Jahrhunderts begegnen kann und wie es entsprechend in den nächsten drei bis fünf Jahren zu verbessern sei. So wurde zunächst festgestellt, daß trotz aller Fortschritte immer noch große Defizite in der beruflichen Bildung bestünden. So sei der Ausbau äußerst ungleich erfolgt, und vor allem auf dem Lande sei die Entwicklung der Berufsbildung noch sehr schwach verlaufen. In einigen Provinzen bestünde sogar eine abnehmende Tendenz. Die Hauptgründe dafür seien 1. das geringe Ansehen der Berufsbildung, die als zweitklassig betrachtet würde, 2. der Einfluß des Druckes, einen Job zu erhalten, und 3. das Bestreben, eine allgemeinbildende Schule der Sekundarstufe II zu besuchen. Die Erscheinung, daß der allgemeinbildenden Sekundarstufe II der Vorzug gegenüber einer beruflichen Sekundarschule gegeben wird, läßt sich daran ablesen, daß 1998 insgesamt 9,38 Mio. Schüler allgemeinbildende Schulen besuchten, weit mehr als die bis zum Ende des Jahrhunderts offiziell angestrebten 8,5 Mio.

Erschwert wird die Situation durch das geringe Angebot an beruflicher Bildung auf dem Lande. Pro Jahr verlassen landesweit 14,5 Mio. Schüler die Mittelschulunterstufe. Fast die Hälfte von ihnen, nämlich 7 Mio., hat keine Möglichkeit, eine weiterführende Schule zu besuchen oder einen Arbeitsplatz zu finden. Dies betrifft hauptsächlich die Jugend auf dem Lande, deshalb sei es besonders wichtig, die Berufsbildung in den ländlichen Gebieten auszubauen. Insgesamt, so war man sich auf der Konferenz einig, komme der Berufsbildung eine zentrale Rolle bei der Umsetzung des Aktionsprogramms und der Strategie, daß Bildung und Wissenschaft dem Land den Aufschwung bringen sollen, zu. Für den gegenwärtigen Ausbau des Berufsbildungssystems wurden vier Forderungen aufgestellt:

1. Man soll nicht so sehr in quantitativen Kategorien denken, sondern auf die Qualität und Effektivität der Berufsbildung achten.
2. Man soll sich von den Bildungsgängen weg mehr zur Nachfrage des Marktes hin orientieren.
3. Man muß vom reinen Schulunterricht wegkommen und Produktion und Unterricht verbinden (duales System).
4. Man soll sich nicht mehr allein auf den Staat, sondern unter staatlicher Gesamtplanung stärker auf Branchen, gesellschaftliche Gruppen und Einzelpersonen als Betreiber von Berufsschulen verlassen.

Zudem ist vorgesehen, in den nächsten drei bis fünf Jahren ein Berufsbildungssystem aufzubauen, in das vor- und nachberufliche Aus- und Weiterbildung integriert sind, so daß berufliche Bildung auf Primar-, Sekundar- und Tertiärebene miteinander verknüpft sind und es auch Verbindungen zwischen beruflicher und allgemeiner Bildung gibt. (Vgl. GMRB, 7.4.99, S.6.)

Sollte dieses letztgenannte Ziel ernsthaft angestrebt werden, würde dies eine stärkere Durchlässigkeit zwischen beruflicher und allgemeiner Bildung bedeuten. Davon ist das chinesische Schulsystem gegenwärtig allerdings noch weit entfernt, so daß es gewaltiger Anstrengungen bedarf, die sicherlich nicht im genannten Zeitrahmen zum Erfolg führen werden. -st-

14 Nutzung des Internet im Bildungswesen

China ist dabei, ein Fernunterrichtssystem mit Hilfe des Internet aufzubauen. Wie ein Vertreter des Staatlichen Forschungszentrums für Bildungsentwicklung auf einem Seminar zum Thema „Bildung und Internet“ erläuterte, könne ein solches System Chinas Entwicklung zu einer Informationsgesellschaft beschleunigen und gleichzeitig die Entwicklung einer auf Wissen basierenden Wirtschaft fördern. Erste Schritte für die Bereitstellung von Bildungsangeboten im Internet wurden bereits eingeleitet. So haben z.B. die Hunan- und die Zhejiang-Universität regionale Fernbildungsprogramme eingerichtet. Als Endziel ist die Bereit-

stellung von Bildungsangeboten für jeden, der Zugang zum Internet hat, geplant.

Zu diesem Zweck muß allerdings die Vernetzung erneuert werden. Bisher läuft die Vernetzung im Bereich Bildung und Forschung über das Cernet (China Education and Research Network), das 1995 aufgebaut wurde und alle größeren Städte Chinas mit Beijing verbindet. Hauptzweck des Cernet ist die Vernetzung der Universitäten für Lehre und Forschung. Bislang sind 300 Bildungsinstitutionen über Cernet vernetzt. Allerdings ist das Netz derzeit begrenzt und zu langsam, als daß es dem steigenden Bedarf Rechnung tragen könnte. Deshalb wird jetzt das alte Cernet verbessert und ausgeweitet, so daß es alle Städte und ländlichen Gebiete Chinas aufnehmen kann. (XNA, 23.4.99)

Das neue Netzwerk soll bis zum Jahr 2010 ausgebaut sein, wobei die bestehenden regionalen Netze dann alle mit Cernet verbunden sein sollen. Bildungsangebote über Internet werden für Postgraduierten-Kurse, in der Berufsbildung, in der Lehrerbildung und in der Weiterbildung eingesetzt. (XNA, 24.4.99) Insbesondere für die berufliche Fort- und Weiterbildung stellt Internetunterricht eine kostensparende Alternative zu Berufsschulen dar. Doch auch in der regulären Bildung soll Computerunterricht zum Einsatz kommen, weil damit Kosten gespart und entlegene Gebiete erreicht werden können. So ist z.B. daran gedacht, Hoffnungsschulen (Schulen für Schulabbrecher, die zumeist in entlegenen Gebieten liegen) ans Cernet anzuschließen und den Unterricht an diesen Schulen online zu erteilen, wodurch Lehrer und Lehrmittel eingespart werden könnten. Voraussetzung dafür ist Telefonanschluß für jedes Dorf, was bis zum Jahr 2000 der Fall sein soll. (XNA, 14.4.99) Auch für Hochschulverbände verspricht man sich durch elektronische Vernetzung eine Erleichterung der Arbeit. Ein Beispiel ist die Pädagogische Universität Hebei, die 1996 aus dem Zusammenschluß von vier Hochschulen und Universitäten hervorgegangen ist. Die Institute liegen teilweise mehrere Dutzend Kilometer auseinander, was für die Lehrkräfte unbequem ist und pro Jahr hohe Fahrtkosten verursacht. Jetzt wer-

den die vier Zweigstellen miteinander vernetzt, damit Vorlesungen, Informationsdienste, Austausch usw. übers Netz erfolgen können und auf diese Weise Kosten und Zeit gespart werden. (XNA, 3.4.99)

Fernunterricht hat in der Volksrepublik von Anfang an eine große Rolle für die Entwicklung des Erziehungswesens gespielt, vor allem in Form des Fernstudiums (Fernsehuniversität) und in der Erwachsenenbildung. Das Internet bietet neue Möglichkeiten, trotz knapper finanzieller Mittel die dringend erforderliche Ausweitung der Bildungsangebote - insbesondere auf dem Lande - zu realisieren. -st-

15 Probleme der Alterung der Bevölkerung

In der chinesischen Öffentlichkeit wird das Problem der Alterung der Gesellschaft in zunehmendem Maße diskutiert, insbesondere in den letzten Monaten, weil dieses Jahr das internationale Jahr der alten Menschen ist. Auch die Politiker sind gezwungen, sich mit der Frage auseinanderzusetzen und vor allem das Problem der unzureichenden Altersversorgung zu lösen. In einem jüngst in der *Volkszeitung* veröffentlichten Artikel wurde die Frage unter drei Aspekten erörtert: den Besonderheiten des Alterungsprozesses in China, den akuten Problemen und Empfehlungen zur Lösung der Probleme (vgl. RMRB, 24.4.99, S.6).

Die Besonderheiten des Alterungsprozesses in China:

1. Das Alterungstempo verläuft in China viel schneller als im Durchschnitt der Welt. Während die entwickelten Länder für den Übergang von einer „erwachsenen Gesellschaft“ zu einer „alten Gesellschaft“ mehrere Jahrzehnte oder sogar einhundert Jahre benötigten, brauchte China dazu nur 18 Jahre.

2. Bezüglich der Geschwindigkeit, mit der sich der Alterungsprozeß vollzieht, gibt es sehr große Unterschiede zwischen Stadt und Land sowie zwischen den Regionen. In den entwickelten Küstenprovinzen hat die Alterung der Bevölkerung bereits begonnen, während in den wirtschaftlich unterent-

wickelten Gebieten die Altersstruktur der Bevölkerung noch jung ist. Shanghai war schon 1980 in das Stadium einer alternden Gesellschaft eingetreten, während Qinghai und Ningxia dieses Stadium erst um 2010 erreichen werden, also ein Unterschied von 30 Jahren.

3. Die absolute Zahl alter Menschen ist in China sehr hoch. Im Jahre 2000 wird sie 130 Millionen erreichen, das sind rund 20% der alten Menschen in der Welt.

4. In China vollzieht sich der Prozeß der Alterung der Bevölkerung unter Bedingungen, da China sich noch im Stadium eines Entwicklungslandes befindet. In den entwickelten Ländern wurde zuerst Wohlstand erlangt, und danach setzte die Alterung ein. Deshalb konnte man dort das Problem der Altersversorgung relativ gut lösen. China hingegen ist mit dem Problem in einem Stadium konfrontiert, in dem es noch keinen allgemeinen Wohlstand erreicht hat.

Die akuten Probleme:

Mit dem sich immer schneller vollziehenden Alterungsprozeß verschärfen sich auch die Probleme:

1. Für einen Teil der alten Menschen in den Städten sinkt der Lebensstandard. Da sich die Einkommenstruktur der Beschäftigten in den vergangenen Jahren stark verändert hat und sich der Anteil des Grundlohns ständig verringert hat, haben auch die Renten entsprechend dem Grundlohn Einbußen erlitten. Hinzu kommt, daß aufgrund der wirtschaftlichen Schwierigkeiten oder Schließungen eines großen Teils der Betriebe die Renten nicht fristgerecht oder nicht in voller Höhe ausgezahlt werden können und so der Lebensstandard sinkt.

2. Für einen Teil der alten Menschen ist die medizinische Versorgung nicht gewährleistet, weil eine ganze Reihe unrentabler Betriebe gezwungen ist, die Ausgaben für Krankheitskosten der Rentner einzuschränken.

3. Viele Alte tragen eine schwere Last, weil sie von ihren Kindern ausgenutzt oder ausgebeutet werden.

4. Vielen Alten fehlt Betreuung. Insbesondere über Achtzigjährige, deren Kinder selbst ins Alter kommen, haben hinsichtlich Betreuung zu-

nehmend Schwierigkeiten. Schon jetzt gibt es nicht selten Erscheinungen wie Mißhandlung und Imstichlassen von alten Menschen.

5. Vielen Alten fehlt es an geistig-kulturellen Aktivitäten. Es gibt nicht genügend Möglichkeiten zur Weiterbildung oder Unterhaltung, so daß sehr viele Alte ein eintöniges Leben ohne Abwechslung führen müssen.

Die Gründe dafür, daß diese Probleme so akut werden konnten, werden in dem Artikel in der mangelnden Aufmerksamkeit der politischen Führung für die Altenproblematik gesehen, ferner in der unzureichenden Sozialversicherung (in China sind nur etwa 200 Millionen Menschen sozialversichert, das sind nur etwa 16,7%, zudem gibt es große Unterschiede zwischen Stadt und Land) und nicht zuletzt im mangelnden Bewußtsein der Gesellschaft für die Probleme alter Menschen.

Empfehlungen zur Lösung der Probleme:

1. Stärkung der Altenarbeit unter Leitung von Partei und Regierung, insbesondere im Hinblick auf Versorgung, medizinische Behandlung, Betätigung und Unterhaltung.

2. Schnellstmöglicher Aufbau eines umfassenden und den Bedingungen Chinas entsprechenden Altersversicherungssystems.

3. Stärkung des Bewußtseins, daß jeder Bürger für sein Alter Vorsorge treffen muß. Für China als Entwicklungsland kann es kein Wohlfahrtsystem wie in den entwickelten Ländern geben, sondern Gesellschaft und Individuum müssen zusammenwirken, wobei dem einzelnen die Hauptverantwortung für die Altersvorsorge zukommt.

4. Vermehrte Investitionen der öffentlichen Haushalte in den Aufbau verschiedenartiger Dienstleistungseinrichtungen für Alte in Stadt und Land.

5. Stärkung des Bewußtseins für die Sorge um die Alten, vor allem soll durch gesetzliche und erzieherische Mittel sichergestellt werden, daß es Pflicht der Familie und eines jeden Bürgers ist, für die Alten zu sorgen.

Der Beitrag spiegelt die offizielle Meinung bezüglich des Altenproblems wider. Bemerkenswert ist, daß zwar

die Notwendigkeit einer Altersversicherung gesehen wird (eine staatliche besteht allerdings nur in den Städten), daß der Staat für die Masse der Bevölkerung (das gilt vor allem für die Landbevölkerung) jedoch weiter auf die Familie baut. Traditionellerweise oblag der Familie die Versorgung und Pflege der Alten. Selbst in der Verfassung von 1982 ist die Verpflichtung erwachsener Kinder, ihre Eltern zu unterhalten, festgeschrieben (Art. 49). Die sozioökonomischen Veränderungen der Reformperiode unterziehen jedoch auch die Familie einem Wandel und machen es für diese in der Praxis zunehmend schwieriger, die Pflichten gegenüber den Alten zu erfüllen. Viele erwachsene Kinder leben nicht mehr mit den Eltern zusammen, ja vielfach nicht mehr am selben Ort. Vor allem ist die finanzielle Bürde für viele Kinder zu groß geworden angesichts verbreiteter Arbeitslosigkeit oder sinkender Reallöhne. Hinzu kommt, daß die traditionelle Familienethik der Verehrung der Alten und des Gehorsams gegenüber Eltern praktisch seit Jahrzehnten ausgehöhlt ist, nicht zuletzt aufgrund der maotistischen Politik. Wenn also der Staat heute am traditionellen Wertesystem der Familienpflichten gegenüber den Alten festhält, so steht dies in offensichtlichem Widerspruch zu den tatsächlichen sozioökonomischen Bedingungen. Diese Diskrepanz bedeutet das eigentliche Problem. -st-

16 Bestimmungen über Vergnügungstätten

Im März 1999 hat der Staatsrat „Bestimmungen über die Kontrolle von Vergnügungstätten“ erlassen, die die *Volkszeitung* am 3.4.99 veröffentlichte. Die 47 Artikel umfassenden Bestimmungen, die Gesetzescharakter haben, treten am 1. Juli 1999 in Kraft. Danach ist es öffentlichen Vergnügungstätten nicht erlaubt,

- gegen die Grundsätze der Verfassung zu verstoßen,
- die Einheit, Souveränität oder das Territorium des Staates zu verletzen,
- die Sicherheit, Interessen und gesellschaftliche Stabilität des Staates zu verletzen,

- zu nationalem Separatismus aufzuwiegeln, die Sitten und Gebräuche der nationalen Minderheiten zu beeinträchtigen und die nationale Einheit zu zerstören,
- Obszönitäten, Pornographie, Aberglauben, Gewalt und alles, was der Gesundheit der Zuschauer schadet, zu verbreiten,
- Verleumdung der öffentlichen Moral und Beleidigung anderer Personen.

Verboten sind auch Drogen, Prostitution und Warenhandel, insbesondere Handel mit pornographischem Material.

Für das Betreiben von Vergnügungstätten muß eine offizielle Genehmigung der zuständigen Kulturbehörde oberhalb der Kreisebene eingeholt werden (Art. 12). Vergnügungstätten in ausschließlich ausländischem Besitz sind verboten (Art. 11).

Mit diesen Bestimmungen soll der Unterhaltungsmarkt besser kontrolliert werden, der in den letzten Jahren ständig Anlaß zu Kritik von offizieller Seite bot. Doch das Problem bei der Durchsetzung wird sein, daß insbesondere auf den unteren Verwaltungsebenen die Kader vielfach mit den Betreibern von Vergnügungstätten bei den teils lukrativen Geschäften des Unterhaltungssektors zusammenarbeiten. Ein anderes Problem ist, daß die Bestimmungen eine ganze Reihe von Vorschriften enthalten, die von den Behörden willkürlich ausgelegt werden können, wie z.B. solche über den Staats- und Sicherheitsschutz. Durch das Verbot ausländischer Unternehmen in diesem Sektor wird zudem das konservative Vorurteil genährt, daß der ausländische Unterhaltungsmarkt keine „gesunde Unterhaltung“ fürs Volk zu bieten habe. Insbesondere US-amerikanische Firmen wie Walt Disney Co. und Filmgesellschaften aus Hollywood drängen auf den chinesischen Markt (SCMP, 3.4.99). -st-

Außenwirtschaft

17 Bilaterale Gespräche zwischen China und den USA über WTO-Beitritt ohne Erfolg

Im Mittelpunkt der Reise von Ministerpräsident Zhu Rongji in die USA standen Gespräche über Chinas Beitritt zur WTO. Bei strittigen Fragen wie z.B. Agrarimporten und dem Aufbrechen des Telekom-Monopols machte die chinesische Seite gleich zu Beginn des Besuchs Zugeständnisse. So sollen beispielsweise zukünftig die Beschränkungen bei der Einfuhr von Zitrusfrüchten und Weizen aus den USA aufgehoben werden. (NfA, 9.4.99) Weiterhin sollen Einfuhrbeschränkungen bei der Telekom-Industrie reduziert und höhere Beteiligungsmöglichkeiten ausländischer Unternehmen ermöglicht werden. Auch Zugeständnisse bei der schrittweisen Senkung von Zöllen wurden angekündigt. Bis zum Jahre 2005 sollen beispielsweise die Importzölle auf Halbleiter, Computer und Telefongeräte im wesentlichen abgebaut und bei Fahrzeugen deutlich gesenkt werden. Auch im Bankenbereich sollen die Restriktionen bei Renminbi-Geschäften für ausländische Banken innerhalb von zwei bis fünf Jahren und die geographischen Einschränkungen für Niederlassungen aufgehoben werden. (HB, 12.4.99; AWSJ, 19.4.99)

Sowohl Clinton als auch Zhu bestätigten, daß eine Übereinkunft zwischen beiden Ländern über Fragen der Beitrittsbedingungen nahe bevorstünde. (XNA, 24.4.99) Daß trotz dieser Annäherung kein Durchbruch erreicht wurde, muß ausländischen Beobachtern zufolge auf die antichinesische Stimmung im US-Kongreß zurückgeführt werden. Neben Kritikern an Chinas Umgang mit den Menschenrechten, Atomspionage-Vorwürfen etc. sind es vor allem Vertreter einheimischer Industrien, die vor dem Beitritt Chinas und seinen Folgen auf den Arbeitsmarkt warnen. (HB, 12.4.99; FAZ, 15.4.99)